

Zur Notwendigkeit der Erstellung von Selbstdarstellungskonzepten durch Hochschulen

Ludwig Schätzl

An der Abteilung Wirtschaftsgeographie der Universität Hannover hat sich die Arbeitsgruppe "Hochschulforschung" gebildet. Ihr gegenwärtiger Tätigkeitsschwerpunkt sind empirische Untersuchungen, die als Grundlage für die Entwicklung eines universitären Selbstdarstellungskonzeptes dienen könnten. Erste Ergebnisse der bislang durchgeführten Erhebungen fassen in diesem Heft die Aufsätze von Silke Seidel, Angelika Henke, Johannes Harpenau und Rolf Sternberg zusammen. Vorliegender Beitrag versucht einfürend, die Notwendigkeit der Selbstdarstellung der Hochschulen zu begründen. Es wird argumentiert, daß demographische und ökonomische Veränderungen zu neuen Aufgaben der Hochschulen und zu sich verändernden Wettbewerbspositionen führen, so daß es im Interesse aller Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland liegen dürfte, in Zukunft ihre Leistungen noch transparenter darzustellen.

Ziel dieser Einführung ist es, im ersten Teil einige Thesen über mögliche Auswirkungen des demographischen und ökonomischen Strukturwandels auf den Hochschulsektor zur Diskussion zu stellen. Aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen ergibt sich für die Hochschulen die Notwendigkeit, bestehende Aufgabenbereiche auszubauen oder an neue Gegebenheiten anzupassen bzw. neue Aktionsfelder zu erschließen. In Zukunft ist ein verschärfter Wettbewerb um Studienanfänger und Forschungsmittel sowie in den neuen Aktionsfeldern (z.B. Seniorenstudium, Weiterbildung, Technologietransfer) zu erwarten. Die Hochschulen werden bemüht sein, den künftigen Herausforderungen u.a. durch den Einsatz von Selbstdarstellungsmaßnahmen wirksam zu begegnen. Der zweite Teil der Ausführungen betont die Bedeutung empirischer Untersuchungen als Informationsbasis für die Erstellung von Selbstdarstellungskonzepten.

1 Mögliche Auswirkungen des demographischen und ökonomischen Strukturwandels

Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Strukturwandel, dessen Auswirkungen auf den Hochschulsektor und der Notwendigkeit, Selbstdarstellungskonzepte zu entwickeln, wird exemplarisch dargestellt am Beispiel der Themenbereiche demographischer Wandel, Liberalisierung des EG-Binnenmarktes und technischer Fortschritt.

1.1 In der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich ein einschneidender demographischer Wandel. Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Wiesbaden) ergaben für den Zeitraum 1985 - 2000 zwar nur einen geringfügigen Rückgang der Einwohnerzahl insgesamt, aber einen grundlegenden Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung. So wurde eine drastische Verringerung der Zahl der Einwohner im Alter von 15 bis 25 Jahre (ca. - 40 %) und eine starke Zunahme der Bevölkerung in der Altersgruppe über 60 Jahre (ca. + 20 %) errechnet. Bevölkerungsprognosen sind - insbesondere was die Annahmen bezüglich des Außenwanderungssaldos anbetrifft - mit Unwägbarkeiten behaftet. Aber auch angesichts der in der jüngsten Vergangenheit zu beobachtenden unerwartet hohen Zuwanderung, vor allem aus Osteuropa und der Deutschen Demokratischen Republik, behält die Grundaussage, daß sich die Altersstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland tiefgreifend verändert, Gültigkeit.

Von der beschriebenen demographischen Entwicklung gehen nachhaltige Auswirkungen auf den Hochschulsektor aus. Die aktuellste Prognose der Kultusministerkonferenz aus dem Jahre 1989 läßt einen Rückgang der Studienanfängerzahlen von knapp 250 000 im Jahr 1988 auf ca. 180 000

(bei einer angenommenen Übergangsquote von 70 %) bzw. 200 000 (Übergangsquote 80 %) im Jahr 1995 erwarten; bis zum Jahr 2000 wird allerdings ein Verharren auf diesem immer noch hohen Niveau prognostiziert. Zeitlich verzögert sinkt demnach auch die Zahl der Studierenden von annähernd 1,5 Mill. 1988 auf etwa 1 - 1,2 Mill. im Jahr 2000. Trotz des errechneten Rückgangs der Studienanfänger- und Studentenzahlen um 20 % bis 30 % bleibt festzuhalten, daß auch in der nächsten Dekade die studentische Nachfrage die bestehenden Ausbildungskapazitäten weit übersteigt, und folglich das im 6. Rahmenplan für den Hochschulausbau festgeschriebene Ausbauziel von 850 000 Studienplätzen an die reale Entwicklung angepaßt werden müßte.

Nach Überzeugung des Autors wird es durch die Verringerung der Studienanfänger- und Studentenzahlen in den 90er Jahren möglich, schrittweise zur freien Fächerwahl und zur freien Hochschulwahl zurückzukehren (vgl. Kapitel 1.2). Allerdings ist dann zu erwarten, daß sich der Rückgang der Zahl der Studierenden in den einzelnen Fächern und Hochschulstandorten mit unterschiedlicher Intensität vollzieht. Attraktive Fächer (u.a. Fächer mit günstigen Arbeitsmarktperspektiven für die Absolventen) und attraktive Hochschulstandorte (z.B. Hochschulen mit einem überproportionalen Anteil begehrter Fächer, Hochschulen an Standorten mit hoher Lagegunst) dürften keine oder nur unterproportionale Einbußen erleiden. Die staatliche Zuweisung von Personal- und Sachmitteln hängt jedoch nicht zuletzt von der Zahl der Studierenden ab. Darüber hinaus spielt das tatsächliche studentische Nachfrageverhalten bei der Entscheidung, in welchen Fächern und an welchen Standorten der notwendige Ausbau der Ausbildungskapazitäten erfolgen sollte, eine wesentliche Rolle. So ist in Zukunft mit einer Intensivierung des Wettbewerbs der Hochschulen insbesondere um Studienanfänger zu rechnen.

Der eingangs geschilderte Anstieg der "Ruhestandsbevölkerung" in Verbindung mit veränderten Verhaltensweisen der älteren Menschen läßt eine weiter ansteigende Nachfrage dieser Altersgruppe nach universitärer Ausbildung erwarten. Das Seniorenstudium (die Seniorenuniversität) stellt ein neues Aktionsfeld dar, auf dem die Hochschulen zu bereits etablierten außeruniversitären Ausbildungsträgern (z.B. Volkshochschulen) in Konkurrenz treten.

1.2 Die Europäische Gemeinschaft strebt in den 90er Jahren die Verwirklichung des Binnenmarktes mit freier Güter- und Faktormobilität zwischen den Mitgliedsstaaten an. Hierzu gehört ein Güteraustausch ohne tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse, eine ungehinderte Mobilität der Dienstleistungen, die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die freie Wahl des Wohnortes u.s.w.. Für

den Hochschulsektor bedeutet der sich beschleunigende Integrationsprozeß eine Intensivierung des Austauschs von Lernenden und Lehrenden sowie neue Möglichkeiten der Forschungsk Kooperation zwischen den Ländern der Gemeinschaft. Die Hochschulen haben die Chance, ihre Aktionsfelder auszuweiten; sie müssen sich aber in Zukunft im Wettbewerb um Studierende, Wissenschaftler und Forschungsmittel nicht nur der nationalen, sondern verstärkt der internationalen Konkurrenz stellen. Ergänzend sei angemerkt, daß sich in einer Atmosphäre zunehmender Liberalisierung in Westeuropa die bislang in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten dirigistischen Eingriffe z.B. in die freie Wahl des Studienortes kaum aufrechterhalten lassen.

13 Der technische Fortschritt, d.h. die Entwicklung von neuen Produkten, Produktionsverfahren und Organisationsformen sowie die Umsetzung technischer Neuerungen in marktfähige Produkte, stellt eine entscheidende Determinante dar für das gesamtwirtschaftliche Wachstum, den sektoralen Strukturwandel und den räumlichen Differenzierungsprozeß der Wirtschaft. Vom technischen Fortschritt hängt die internationale, die interregionale und die interurbane Wettbewerbsfähigkeit ab. An die Hochschulen wird heute - stärker als in der Vergangenheit - die Forderung gestellt, nicht nur neue Problemlösungen zu erarbeiten, sondern sich aktiv am zügigen Transfer der technischen Neuerungen zu potentiellen Anwendern zu beteiligen.

Bislang wurden Inventionen der Hochschulen vorrangig von deren Absolventen in den öffentlichen und privaten Sektor getragen. Da aber wissenschaftliches und technisches Wissen exponentiell wächst und ab Mitte der 90er Jahre die Zahl der Absolventen sinken wird, entsteht ein wachsender Bedarf, die an den Hochschulen entwickelten neuen Ideen auf dem Wege der Weiterbildung der Erwerbstätigen in die Privatwirtschaft, die staatliche Verwaltung, aber auch in die Schulen zu transferieren. In einigen Fächern könnte sich neben der Erstausbildung die Weiterbildung zu einer tragenden Säule universitärer Lehrtätigkeit entwickeln.

Neben der Ausbildung von Studierenden und der Weiterbildung von Erwerbstätigen wird von den Wissenschaftlern der Hochschulen heute erwartet, daß sie über anwendungsbezogene Beratung und Forschungsk Kooperationen mit Unternehmen einen direkten Beitrag zum Transfer von technischem Wissen leisten. Neu an den Hochschulen geschaffene Technologietransferstellen sollen insbesondere den Kontakt zur lokalen Wirtschaft intensivieren.

2 Empirische Untersuchungen als Grundlage für die Entwicklung von Selbstdarstellungskonzepten

Die wesentlichen Auswirkungen des beschriebenen Strukturwandels auf den Hochschulsektor lassen sich wie folgt zusammenfassen: Einerseits zeichnet sich ein Rückgang der Zahl der Studierenden ab, andererseits ergibt sich die Notwendigkeit, in Lehre und Forschung den Aktionsradius auf andere Länder der Europäischen Gemeinschaft auszuweiten und zusätzliche Tätigkeitsbereiche wie z.B. das Seniorenstudium, die Weiterbildung oder den Technologietransfer auf- bzw. auszubauen. Bei der Bewältigung dieser Aufgaben ist mit einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu rechnen. Was die Rekrutierung von Studenten anbelangt, werden in Zukunft neben quantitativen zunehmend qualitative Aspekte eine Rolle spielen. Neben dem Ziel, die an den Hochschulen bestehenden Ausbildungskapazitäten auszulasten, müssen sich vor allem die Universitäten, die sich der internationalen Konkurrenz stellen, um Studierende nicht nur aus der eigenen Hochschulregion, sondern auch aus anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland und aus anderen EG-Ländern bemühen. Weitere zentrale Wettbewerbsfelder sind die Weiterbildung und der Technologietransfer. Diese Aktivitäten können von herausragender gesamt- und regionalwirtschaftlicher Bedeutung sein und bieten den Hochschulen die Möglichkeit, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Um im skizzierten interuniversitären Wettbewerb bestehen zu können, wird den Hochschulen eine Spezialisierung, eine Schwerpunktbildung auf Ausbildungs- und Forschungsgebiete empfohlen, in denen sie eine hohe Leistungsfähigkeit besitzen oder anstreben.

Zur Bewältigung der veränderten und neuen Aufgaben unter Wettbewerbsbedingungen müssen die Hochschulen ihr spezifisches Leistungsprofil und ihre Standortqualitäten sachgerecht darstellen. Die Entwicklung von Selbstdarstellungskonzepten ergibt sich daraus zwangsläufig. Dabei besitzen die Hochschulen ein breites Spektrum an Gestaltungsmöglichkeiten. Selbstdarstellungskonzepte können für eine Hochschule insgesamt, für einzelne Fächer oder individuelle Funktionsbereiche (z.B. Weiterbildung) erstellt werden. Mögliche Zielgruppen von Aktivitäten der Selbstdarstellung sind potentielle, tatsächliche und ehemalige Studenten sowie verschiedene Segmente der Wirtschaft und der Öffentlichkeit.

Die im Rahmen eines Selbstdarstellungskonzeptes durchzuführenden Aufgaben reichen von der Informationsgewinnung über die Verarbeitung der gewonnenen Informationen bis zur zielgerichteten Gestaltung der Informationsabgabe. Auf allen drei Tätigkeitsfeldern bestehen an den Hochschulen noch Kenntnisdefizite. Eine Arbeitsgruppe der Abteilung Wirtschaftsgeographie der Universität Hannover hat sich zunächst auf den

Bereich der Informationsbeschaffung konzentriert und versucht, durch empirische Untersuchungen die für die Erstellung von Selbstdarstellungskonzepten unverzichtbare Datenbasis zu verbessern; d.h. Ziel der bisherigen Untersuchungen war es, bestehende Informationsdefizite zu verringern.

Im vorliegenden Heft sind die Ergebnisse von vier bislang abgeschlossenen Projekten zusammengefaßt.

- Ziel der Untersuchung von S. Seidel war es, einen Überblick über die an den Wissenschaftlichen und Künstlerischen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland bereits durchgeführten Selbstdarstellungsaktivitäten zu vermitteln. Da sich an der schriftlichen Befragung etwa zwei Drittel der angeschriebenen Pressereferenten beteiligten, kann eine für die bundesdeutschen Hochschulen aussagekräftige Bestandsaufnahme vorgelegt werden.
- Für eine Hochschule als Ganzes, aber auch für einzelne Fächer ist die langfristige Sicherung der studentischen Nachfrage ein wichtiges Anliegen. Um ein auf die Zielgruppe "Studierende" ausgerichtetes Selbstdarstellungskonzept entwickeln zu können, sind vertiefte Kenntnisse über deren Verhalten bezüglich der Fächer- und Studienortwahl notwendig. Der Beitrag von A. Henke analysiert auf der Basis einer schriftlichen Befragung aller deutschen Studienanfänger der Universität Hannover des Wintersemesters 1987/88 (N = 3396, Rücklaufquote ca. 50 %), die Gründe für die Wahl dieser Hochschule als Studienort. In Ergänzung zu den hier diskutierten Untersuchungsergebnissen wurden für ausgewählte Fachbereiche Sonderauswertungen des umfangreichen primärstatistischen Materials vorgenommen.
- Das Projekt von J. Harpenau verfolgt den Zweck, eine Informationslücke eines einzelnen Instituts der Universität Hannover zu schließen. In den 80er Jahren haben sich die Struktur und die Inhalte des Geographiestudiums in Hannover grundlegend aufgrund einer gewandelten Zusammensetzung der Studenten verändert; einem drastischen Rückgang der Zahl der Lehramtsstudenten stand ein exponentielles Wachstum der Diplomstudenten gegenüber. Über die Berufschancen der Diplomgeographen lagen jedoch keine gesicherten Kenntnisse vor. Erst die schriftliche Befragung aller Absolventen des Zeitraums 1980 - 1988 (N = 148, Rücklaufquote 70 %) gibt einen Einblick in die Berufsperspektiven der in Hannover ausgebildeten Diplomgeographen und kann als Grundlage für die Erstellung eines Absolventenberichts dienen. Gerade für relativ junge Studiengänge ist die Dokumentation des Absolventenverbleibs ein wichtiges Instrument der Informationsabgabe.

- Initiator des von R. Sternberg bearbeiteten Projekts war die Forschungs- und Technologiekontaktstelle der Universität Hannover. Voraussetzung für einen erfolgreichen Technologietransfer zwischen Hochschule und lokaler Wirtschaft ist neben der Fähigkeit der Hochschulinstitute, neues technisches Wissen und neue Organisationsformen zu entwickeln, ein ausreichend großes Potential an Anwendern der technischen und organisatorischen Neuerungen im Einzugsbereich der Universität. Grundsätzlich sind beide Bedingungen am Standort Hannover erfüllt. Mittels einer schriftlichen Befragung speziell der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region Hannover sollten deren Probleme und Bedürfnisse beim Technologietransfer mit der Universität Hannover identifiziert werden.

Die hier vorgestellten empirischen Untersuchungen wurden im Rahmen von Diplom- oder Staatsexamensarbeiten und von Mitarbeitern der Abteilung Wirtschaftsgeographie der Universität Hannover neben ihren laufenden Verpflichtungen in Forschung und Lehre durchgeführt. Einige für die Erstellung eines universitären Selbstdarstellungskonzeptes relevante Themenbereiche blieben bisher unbearbeitet. Forschungsbedarf besteht insbesondere hinsichtlich folgender Fragenkomplexe: Besteht innerhalb der Hochschulgruppen ein Interesse an der Entwicklung eines solchen Konzeptes und wie hoch ist die Bereitschaft, Selbstdarstellungsmaßnahmen mitzutragen (universitäre Akzeptanz)? Welche Erwartungen und Wünsche hat die Öffentlichkeit (z.B. Medien, Politik) an die Universität? Welche Einstellung haben schon länger an der Hochschule Studierende zur Attraktivität des Studienangebotes?

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Ludwig Schätzl
Geographisches Institut,
Abteilung Wirtschaftsgeographie,
Universität Hannover
Schneiderberg 50

3000 Hannover 1